

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

## Deutschland.

**Preußen. — Berlin, 3. Febr.** Wir haben seinerzeit wiederholt die Gründe dargelegt, warum Preußen und die übrigen deutschen Staaten, wie sehr sie auch im Sinne des Friedens zu Petersburg thätig gewesen sind, sich dennoch vor jeder Verpflichtung wahren zu müssen geglaubt haben, das westmächtlige Friedensprogramm als solches in Petersburg zu unterstützen. Wir haben auch bereits Gelegenheit genommen zu bemerken, wie die betreffenden Bedenken auch in Bezug auf die Frage der Theilnahme an den bevorstehenden Friedensconferenzen noch immer plaggreifen dürften. Diese Frage tritt aber jetzt durch die sowohl hier als in München, Dresden, Stuttgart und Hannover ergangene offizielle Anzeige, daß Oesterreich beabsichtige, das Friedensprogramm schon ganz demnächst an den Bund bringen und die Aneignung desselben beantragen zu wollen, in ein ganz neues Stadium, und es ist darum etwas eingehender auf den betreffenden Punkt zurückzukommen. Für die Aneignung macht man auf der einen Seite zwei Punkte geltend, einmal den Werth der Theilnahme an der Ordnung einer allgemeinen europäischen Angelegenheit, und sodann das Gewicht der abzugebenden Stimme für den Fall, daß durch neue Forderungen oder durch sonstige Wendungen das Gelingen des Friedenswerks wieder mehr oder weniger in Frage gestellt werden sollte. Von der andern Seite erkennt man den Werth der Theilnahme an den Conferenzen in seinem vollen Maße an, fragt aber, ob die zu hegenden Bedenken nicht dergestalt seien, daß sie diesen Werth nicht überwiegen müßten. Die Anerkennung des Friedens, wenn derselbe zustande komme, und seines Objectes verleihe sich von selbst, und man werde diese Anerkennung um so freudiger aussprechen, als man zur Herbeiführung des Friedens ja selbst so redlich mitgewirkt habe; ein Anderes sei aber die Anerkennung eines zwischen den Westmächten und Rußland zustande gekommenen fait accompli als solchen, und ein Anderes die Aneignung Dessen, was den Frieden erst noch herbeiführen soll. Einmal würde eine solche Aneignung eine totale Umwandlung der Stellung involviren, welche man zu der ganzen Frage bis jetzt eingenommen. Zweitens seien diejenigen, welche das Friedensprogramm aufgestellt haben, über die Tragweite desselben, in Betreff des fünften Punktes nämlich, ja selbst noch nicht einig, und es würde sich demnach um die Aneignung einer Sache handeln, deren Umfang und Bedeutung man nicht kenne. Drittens sei auch zu erwägen, daß der Friede, wenn er zustande komme, möglicherweise ein solcher Friede sein könne, über dessen innern Bestand sich nach der allgemeinen Lage der Dinge, mannichfache Zweifel erheben ließen. Die Aneignung, welche identisch sei mit einer beständigen Verpflichtung für das Angelegnete, könne daher möglicherweise über kurz oder lang zur Folge haben, daß man gezwungen sei, nach der einen oder andern Seite thatsächlich für etwas einzustehen, was in solchem Umfange bisher nicht als ein directes Interesse des Staats betrachtet worden sei, noch auch wol in Zukunft zu betrachten sein dürfte. Das Gewicht einer Stimme im Sinne des Friedens endlich bei Differenzen, die sich im Laufe der weiteren Verhandlungen erheben könnten, habe allerdings seinen Werth, in der Sache selbst dürfte dasselbe aber doch wol nicht ganz als absolut nöthig erscheinen; da man nämlich auf der einen Seite in der Hauptsache Alles zugegeben habe, so werde es, wenn man den Frieden wolle, dieser Stimme nicht bedürfen, und wenn man, was jedoch nicht anzunehmen, gegen den Frieden neue principielle Schwierigkeiten erheben sollte, so werde sie nichts nützen. Immerhin aber sei man bereit, zur thatsächlichen Wiederherstellung des Friedens auch weiter aufs thätigste mitzuwirken, und zwar auch auf den Conferenzen selbst, mit der Bedingung jedoch, daß weder vorher die Aneignung des Friedensprogramms, noch später die Mitgarantie für das Object des Friedens verlangt werde.

**— Berlin, 2. Febr.** In Betreff der Stellung Preußens zu der von Seiten Oesterreichs der deutschen Bundesversammlung zu machenden Vorlage hört man jetzt, daß allerdings noch keine volle Einigung zwischen den beiden deutschen Großmächten erzielt ist. Bevor die Friedensgrundlage zwischen den betreffenden Mächten festgestellt ist, scheint das diesseitige Cabinet eine bestimmte Erklärung von seinem Standpunkte aus nicht für angemessen zu erachten. Eine unbedingte Zustimmung zu der österreichischen Vorlage am Bunde möchte daher einstweilen nicht zu erwarten sein, weil man die freie Selbstbestimmung und Unabhängigkeit aufrechterhalten will. Würde Oesterreich mit der besagten Vorlage nach vollständig festgestellter Friedensgrundlage zwischen allen betreffenden Theilen bei der Bundesversammlung auftreten, so möchte sich die Stellung der letztern anders gestalten, die sich jetzt dagegen zu sträuben scheint, ohne weiteres den Schritten Oesterreichs zu folgen und der willenslose Rückhalt desselben zu sein. Allem Anschein nach dürften sich der österreichischen Bundesvorlage viele Schwierigkeiten entgegenstellen, wie sehr die deutschen Staaten auch sonst geneigt sein sollen, die Wiederherstellung des Friedens nach allen Kräften

zu befördern. Würde der Stand der Dinge ein solcher sein, so ginge daraus von selbst hervor, daß eine Betheiligung Preußens und Deutschlands an den Friedensberathungen erst dann erfolgen werde, wenn die feste Friedensgrundlage, worauf der abzuschließende Friede beruhen soll, wirklich gewonnen ist und die Tragweite der durch eine Zustimmung zu übernehmenden Verpflichtungen von den deutschen Mächten übersehen werden kann. Was Preußen anbelangt, so soll dasselbe nicht willens sein, auf Kosten seiner freien Selbstbestimmung die Theilnahme an den Friedensberathungen gegenwärtig zu erlangen. Wie man hört, ist von Seiten Rußlands der förmliche Antrag gestellt worden, daß Preußen an den spätern Friedensverhandlungen theilnehme. Das Preussische Wochenblatt hebt hervor, daß der Schritt, welchen Oesterreich am Bunde zu thun im Begriff stehe, das für den Kaiserstaat so vortheilhafte und mit so wenig Opfern erkaufte Resultat seiner Initiative sichern solle, indem dadurch, daß Deutschland für dasselbe sich bindend erklärt, dem österreichischen Cabinet als gleichzeitigem Vertreter Deutschlands in seiner Vermittlerrolle ein ungleich größerer Rückhalt und ein schwereres Gewicht bei den Verhandlungen nach beiden Seiten hin verliehen werde und Oesterreich hoffen könne, dadurch den Frieden wirklich zu erreichen, oder, wenn er auch gegenwärtig nicht zustande komme, noch immer eine ähnlich freie und dominirende Stellung, wie die bis jetzt bewahrte, zu behaupten, seine Interessen und seinen Vortheil für jede Eventualität zur entscheidenden Geltung zu bringen. — Das preussische Handelsarchiv enthält den Jahresbericht des diesseitigen Generalconsuls in Hamburg für 1855, worin derselbe sich dahin ausdrückt, daß bei der glücklich behaupteten Neutralität Deutschlands der Rückblick auf das Jahr 1855 in commercieller Beziehung befriedigender sei, als irgend mit Grund erwartet war. Dem hamburger Handel habe diese Entwicklung der Verhältnisse zu besonderm Vortheil gereicht und denselben sogar über den Umfang gewöhnlicher Zeiten hinaus einen nicht unbedeutenden Zuwachs der Geschäfte gebracht.

**— Berlin, 3. Febr.** Das wieder einmal verbreitete Gerücht, Hr. v. Bismarck-Schönhausen sei, zur Berathung der am Bunde zu beobachtenden Haltung gegenüber dem erwarteten neuen Antrage Oesterreichs, hierherberufen worden, ist durchaus unbegründet. Allseitig wird es, und zwar besonders in den maßgebenden Kreisen anerkannt, daß der königlich sächsische Minister v. Beust sich veranlaßt gesehen hat, bezüglich des angekündigten österreichischen Antrags mit unserm Minister des Auswärtigen in Beziehung zu treten und deshalb hierher nach Berlin zu reisen. Man hegt hier die feste Zuversicht, daß die bisher von Preußen und seinen Bundesgenossen innegehaltene deutsche Politik auch ferner von Allen gemeinsam befolgt werden wird.

— In der gestrigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wird die Specialdiscussion über Art. 1 und 2 des Gesetzentwurfs betreffs Aufhebung der Art. 42 und 114 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 begonnen und beendet. Die beiden Artikel der Verfassung lauteten:

Art. 42. Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen andern Beschränkungen als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablosbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet. Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, zulässig. Aufgehoben ohne Entschädigung sind: 1) Die Gerichtsbarkeit, die gauherrliche Polizei- und obrigkeitliche Gewalt sowie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien; 2) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzgerichtsbarkeit, der frühern Erbunterthänigkeit, der frühern Steuer- und Gewerbeverfassung herkommenden Verpflichtungen. Mit den aufgehobenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Laiten weg, welche den bisherigen Berechtigten dafür oblagen. Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstücks ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablosbarer Zins vorbehalten werden. Die weitere Ausführung dieser Bestimmungen bleibt besondern Gesetzen vorbehalten. Art. 114. Bis zur Emanation der neuen Gemeindeordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizeiverwaltung.

Art. 1 des neuen Entwurfs lautet: „Die Art. 42 und 114 der Verfassungsurkunde vom Jahre 1850 sind aufgehoben.“ Abg. Schwerin erklärt sich für Beibehaltung des Art. 42 und gegen die Quacksalberei mit Gesetzen, die doch zu keinem Resultat führen. Es sei in der Neuen Preussischen Zeitung gesagt worden, er und seine Freunde sprächen gegen den Adel. Er gehöre zum Adel, er sei Gutsbesitzer und seine Vorfahren seien seit alter Zeit auf denselben Besigungen ansässig. „Sie bleiben es“, schließt der Redner, „weil sie die Zeichen der Zeit zu deuten verstanden. Meine Herren, achten Sie ebenfalls auf die Zeichen der Zeit, entsagen Sie Privilegien, die nicht mehr haltbar sind, vor allem werfen Sie das Junkerthum über Bord. Die Gebrüder v. Humboldt sind ebenso von Adel wie die Gebrüder v. Gerlach, und wenn ich gegen Letztere und gegen den Fleischn gewordenen Geist des Abg. Wagener spreche, so spreche ich nicht gegen den Adel.“ (Bravo auf der Linken.)

Es wird der Schluß angenommen und Art. 1 in seiner oben gegebenen Fassung von der Versammlung genehmigt.

In Bezug auf Art. 2 erklärt die Regierung wiederholt, daß sie das Breithaupt'sche Amendement annehme. Es wird also über dieses namentlich abgestimmt, welches lautet:

Das Haus wolle beschließen: dem Art. 2 der Regierungsvorlage nachstehende Fassung zu geben: An Stelle des Art. 2 treten folgende Bestimmungen: Ohne Einschränkung bleiben aufgehoben, nach Maßgabe der ergangenen besondern Gesetze: 1) das mit dem Besitz gewisser Grundstücke verbundene Recht der Ausübung oder Uebertragung der richterlichen Gewalt (Art. VI der Verfassungsurkunde) und die aus diesem Rechte fließenden Exemtionen und Abgaben; 2) die aus dem gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Verfahren der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbeverfassung herkommenden Verpflichtungen. Mit den aufgehobenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche den bisher Berechtigten dafür oblagen.

Das Resultat ist: für Art. 2 (in der Breithaupt'schen Fassung) stimmen 199, dagegen 107 Mitglieder. Der Artikel ist also angenommen.

Das Herrenhaus hat gestern den Antrag, die Zwischenfrist bei Bestimmungen über die Verfassungsurkunde von 21 auf 10 Tage herabzusetzen, angenommen.

Von dem Vorstande der hiesigen jüdischen Gemeinde ist eine Petition um Ablehnung des Wagener'schen Antrags auf Streichung der Worte: „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnis“, aus Art. 12 der Verfassung an das Haus der Abgeordneten gerichtet worden. Der Vorstand spricht darin die feste Ueberzeugung aus, daß das Haus aus allgemein bekannten und anerkannten Gründen des Rechts, der Moral und der Religion den Wagener'schen Antrag ablehnen und nicht die Hand dazu bieten werde, das Rechtsgesühl der Preußen jüdischen Bekenntnisses auf das tiefste und schmerzlichste zu verletzen. Dem Vernehmen nach ist diese Petition von acht berliner Abgeordneten und zwar von den Herren Bock, Bode, Mathis, v. Prützwitz, Reimer und Wengel dem Hause der Abgeordneten übergeben worden.

Ein Mitglied des Herrenhauses hat den Eid auf die Verfassung nur mit ausdrücklichem Vorbehalt seines dem Könige als Unterthan geleisteten Huldigungsoides und des als Soldat geleisteten Fahnenoides schwören zu können erklärt. Der Präsident glaubte einen diesen Vorbehalt aussprechenden Zusatz nicht gestatten zu können und hat die Angelegenheit der Begutachtung der Geschäftscommission vorgelegt. Mit Rücksicht auf Art. 108 der Verfassung hat diese sich einstimmig dahin entschieden, „daß der von den Mitgliedern des Hauses zu leistende Eid auf die Verfassung nur in der bisher stets üblich gewesenem Weise geleistet werden könne, und jede Abänderung des wörtlichen Ausdrucks desselben durch einen andern Zusatz als denjenigen, welcher die dem religiösen Bekenntnis entsprechende Bestätigungsformel enthält, unzulässig sei“. Das Haus hat diesem Antrage zugestimmt.

Der Preussische Staats-Anzeiger berichtet unterm 1. Febr. aus Berlin: „Es ist aus den öffentlichen Blättern bekannt, daß der hiesigen Königlich-akademischen der Wissenschaften von Leipzig aus eine Palimpsest-Handschrift angeboten ward, welche ein bis dahin ganz unbekanntes Werk eines Alexandrinischen Schriftstellers Uranios über die ältere ägyptische Geschichte enthielt und für deren Aufklärung von Wichtigkeit schien. Die wissenschaftliche Bedeutung der Sache bestimmte die Akademie, den Antrag nicht von der Hand zu weisen, und es wurden Schritte gethan, welche nun dadurch zum Abschluß gelangt sind, daß die von einigen Mitgliedern der Akademie angestellte sorgfältige Untersuchung der Handschrift die Unächtheit des Uranios nach allen Seiten hin vollständig erwiesen hat. Es konnte mithin von einem Ankauf der Handschrift nicht weiter die Rede sein, und der Gegenstand dieser mit soviel Geschicklichkeit als Unverschämtheit eingeleiteten Täuschung ist bereits wieder nach Leipzig zurückgekehrt.“ (Vergleiche damit unsern Artikel aus Leipzig in Nr. 29, der die Verhaftung des Fälschers Simonides berichtete. D. Red.)

Ein Hr. v. Kapphengst, Gutbesitzer im Kreise Kammin (Pommern), hatte für sein Gesinde angeordnet, daß jeder Einzelne, wenn er mit ihm, dem Gutbesitzer, spreche, seine Kopfbedeckung abzulegen habe. Im vorigen Sommer, als er sich zur Controle der Feldarbeiter nach dem Felde begab und sich hierbei mit einer Frage an einen der dort beschäftigten Knechte wandte, nahm dieser seine Mütze nicht vom Kopf. Als Hr. v. Kapphengst dies verlangte, erwiderte der Knecht trocken: seine Mütze nehme er nur im Zimmer ab, auf dem Felde aber nicht. Dabei blieb er beharrlich. Hr. v. Kapphengst wandte sich darauf zunächst an den Landrath, dann an den Staatsanwalt und zuletzt an den Justizminister mit dem Antrage, gegen den renitenten Knecht nach dem Gesetz vom 24. April 1854 eine Gefängnisstrafe von drei Tagen festzusetzen. Dieses Gesetz verordnet nämlich im §. 1: „Gesinde, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft sich zuschulden kommen läßt, hat, unbeschadet deren Rechts zu seiner Entlassung oder Verbeibehaltung, Geldstrafe bis zu 5 Thlrn. oder Gefängnis bis zu drei Tagen verwirkt.“ Der Antrag war jedoch in allen drei Instanzen zurückgewiesen worden. Der Bittsteller begehrt nun vom Landtage, da er nirgends Recht gegen seinen Dienstherrn habe finden können, ihm auf parlamentarischem Wege dazu zu verhelfen. (Nat.-Z.)

Baiern. **Δ Aus Baiern**, 2. Febr. Der Abgeordnete Professor v. Lasaulz hat als Referent des betreffenden Ausschusses die schon erwähnte Beschwerde aus Kipingen wegen Verfassungverletzung durch Beschränkung der (Gemeinde-)Wahlfreiheit als formell und materiell begründet erachtet. Diese Beschwerde betrifft confessionelle Differenzen, ist von den benachteiligten Protestanten erhoben, Dr. v. Lasaulz aber als ein Vorkämpfer der ultramontanen Partei bekannt. Durch das vorliegende Votum bewährt derselbe indessen, wie immer, seine ehrenhafte und selbstän-

dige Denkweise. — Ueber den von dem Abgeordneten Wnbelm an die Kammern gebrachten Antrag „Ueber die Rechtsverhältnisse der Regimentsgesellschaften“ steht in den nächsten Tagen eine Gesetzesvorlage von Seiten der Regierung zu erwarten.

In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten übergab der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf, welcher den Bau der weitem in Bayern projectirten Eisenbahnen durch Privatgesellschaften betrifft. Die Staatsregierung sei nämlich zu der Ansicht gelangt, daß es unter den gegebenen Verhältnissen besser sei, die Bahnen: 1) Nürnberg-Amberg-Regensburg, 2) Nürnberg-Pilsen, 3) München-Landsbut an der Donau, und 4) Regensburg-Linz, nicht auf Staatskosten, sondern durch Privatgesellschaften zu erbauen. Die deshalb eingeleiteten Verhandlungen seien zwar noch nicht zum Abschluß gelangt, aber dieser stehe in sicherer Aussicht und beruhe nur noch auf zwei Voraussetzungen, daß nämlich die Verhandlungen mit Oesterreich bezüglich des Anschlusses der Bahnen zu dem erwünschten Ziel führten, und dies sei in aller nächster Zeit zu erwarten; und daß ferner die Regierung eine entsprechende Zinsengarantie übernehme. Durch den vorgelegten Gesetzentwurf solle nun die Regierung ermächtigt werden, den Privatgesellschaften eine gewisse Zinsengarantie gewähren zu können. Der etwaige Bedarf hierzu soll jedesmal im Budget festgesetzt werden, doch würde dies im gegenwärtigen Budget noch nicht nöthig sein, da etwaige Leistungen des Staats erst nach Vollendung der Bahnen einzutreten hätten; und Verzinsung der Capitalien während des Baus geschehe allenthalben durch das Baucapital selbst. Es könnten also nöthigenfalls erst mit dem Budget der nächsten Finanzperiode Leistungen des Staats eintreten, wenn dies überhaupt der Fall sein sollte.

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 1. Febr. Gestern erschoss sich ein liebendes Paar, ein hier garnisonirender Dragoner und eine hier dienende Magd, in dem nahen Dorfe Pfungstadt, wie es heißt, aus Verzweiflung darüber, daß eine eheliche Verbindung sich als unmöglich zeigte. (Kff. P.)

Baldek. Arosen, 28. Jan. In der letzten Verhandlung der Stände bestritt der Regierungskommissar den Ständen das Recht zu mehrmaliger Vertagung in einer und derselben Diät auf Grund des §. 54 der Verfassung, welcher lautet: „Der Fürst kann die Stände vertagen. Ohne deren Zustimmung darf die Vertagung jedoch weder den Zeitraum von zwei Monaten überschreiten, noch während derselben Diät wiederholt werden. Auch der Landtag kann sich auf vier Wochen vertagen.“ In einer heute ausgegebenen Extrabeilage des Regierungsblatts werden nun die Stände auf höchsten Befehl, indem die letzte Vertagung als verfassungsmäßig bezeichnet wird, zur Rückkehr auf den 4. Febr. aufgefodert. Es ist dies bereits der dritte Punkt in der Verfassungsurkunde, über dessen Auslegung Regierung und Stände verschiedener Ansicht sind. Nach einer früheren Aeußerung des Regierungskommissars, daß noch manche Bestimmungen in derselben enthalten sind, deren richtiges Verständniß den Ständen erst später aufgehen werde, dürfte es auch nicht der letzte Punkt sein, welcher zu Mißverständnissen Veranlassung gibt. (Westf. Z.)

Schleswig-Holstein. Igehoe, 30. Jan. Die heutige Sitzung der Ständeversammlung eröffnete der Präsident mit der Bemerkung, daß er sich bei der am gestrigen Abend stattgefundenen Protokollverlesung davon überzeugt habe, daß der Abg. Bargum in seinen Aeußerungen über den Ausschussbericht in Betreff der Blome'schen Proposition den Ausdruck „Schmähschrift“ gebraucht, und wielsich den Bericht eine Schmähschrift genannt habe, und daher nicht umhinkönne, zu erklären, daß dieses unzulässig sei.

× Igehoe, 1. Febr. Mit 40 Stimmen gegen 7 hat heute nach einer mehrlündigen Schlußverhandlung die holsteinische Provinzialständerversammlung beschlossen: „1) daß der Minister wegen des ganzen von ihm befolgten Regierungssystems, wozu er die unverkennbare Absicht an den Tag legt, den Rechtsstaat in einen Polizeistaat umzuwandeln, und dies durch die That schon bewiesen, insbesondere aber, weil er dem Könige den Rath erthilt, die höchsten Justizbeamten ohne Urtheil und Recht abzusetzen, und weil er zur Einführung der Reichsmünze die unerlaubtesten Willkürmaßregeln nicht gescheut hat, sein System auch das Land mit einer Demoralisation des Beamtenstandes bedroht, das Vertrauen des Landes nicht genieße, und daß eine dahin lautende Erklärung in einer allerunterthänigsten Adresse an den König abzugeben sei.“ Ferner wurde mit 41 gegen 6 Stimmen beschlossen: „daß der Minister, weil er die Verfassung verletzt und verschiedene organische Gesetze und andere Verfügungen ohne die Genehmigung der Ständeversammlung und ohne dringende Noth erlassen und die dadurch getroffenen Einrichtungen sofort ausgeführt hat, in Anklagestand zu versetzen, und daß in Gemäßheit des §. 14 der Verfassung der Präsident mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt werde.“ Gegen diese beiden von dem zur Berichterstattung über die Proposition des Geh. Konferenzraths Barons Blome von Heiligenstedten niedergesetzten Ausschusse einstimmig befürworteten Anträge sprach nur der Advocat Bargum, der ehemalige Präsident der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, und zwar nahm er sich des Hrn. v. Scheel so lebhaft an, daß seine Rede nicht weniger als anderthalb Stunden währte; ihm gegenüber traten dann Justizrath Nötger, Friederici, Thomsen und der Berichterstatter Baron Blome für die Anträge des Ausschusses in die Schranken. Als zur Abstimmung geschritten werden sollte, erhob sich der Präsident der Versammlung, Frhr. v. Scheel-Plessen (Oberpräsident von Altona), um seinerseits den Mitgliedern der Ständeversammlung dringend ans Herz zu legen, daß sie bei der nunmehrigen schließlichen Abstimmung nur den

Eingel  
land  
ander  
sich  
ihre  
haft  
lation  
chen  
einzul  
öffne  
liche  
Rev  
besa  
tig  
zune  
zeitw

„Infe  
reich  
tags  
und  
samm  
stein,  
nen,  
lange  
sigen  
bestin  
Pari  
nach  
rien,  
Der  
präsi  
gesan  
die h  
Inter

„Wie  
allseit  
resp.  
peter  
füllst  
lunge  
□  
eben,  
und  
an d

n  
Hel  
geste  
rung,  
Stüg  
Mar  
Fagy  
mit  
mäch  
verth  
Zufri  
gelaß

gegen  
troffe  
Stoß

selbst  
Fahr  
42  
Corv  
Brig  
338  
515  
findl  
findl

gen  
nen  
und

Eingebungen der Pflicht, welche ihnen gegen den König und das Vaterland sowie als gewissenhaften Männern vor Gott obliegt, unbekümmert um anderweitige Rücksichten Folge leisten mögen. Die Versammlung trennte sich nach der Abstimmung tief bewegt, aber mit dem festen Bewußtsein, ihre Pflicht gegen Gott, den König und das Vaterland treu und gewissenhaft erfüllt zu haben. Der Präsident wird noch morgen dem Oberappellationsgericht in Kiel von dem heute gefaßten Beschlusse Mittheilung machen und dasselbe demgemäß auffodern, das Verfahren gegen den Minister einzuleiten. Die Verhandlungen in dem Prozesse sollen nach der Verfassung öffentlich und mündlich stattfinden.

\* Kopenhagen, 2. Febr. (Telegraphische Depesche.) Ein königliches Rescript an den königlichen Commissar in Ipehoe, den Reventlow'schen Antrag betreffend, ist erschienen. Dasselbe besagt, ähnliche ordnungswidrige Verhandlungen als ungütig anzusehen, keinerlei darauf gestützte Anträge entgegenzunehmen, und nichts von diesen Verhandlungen in der Ständezeitung aufzunehmen.

Wien, 2. Febr. Die amtliche Wiener Zeitung meldet: „Infolge der allseitigen Annahme des bereits zur Oeffentlichkeit gelangten österreichischen Entwurfs von Friedenspräliminarien sind gestern den 1. Febr., Mittags 12 Uhr, die Repräsentanten Englands, Frankreichs, der hohen Pforte und Russlands in dem k. k. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zusammengetreten, um in Gemeinschaft mit dem Grafen v. Buol-Schauenstein, als dem Repräsentanten Oesterreichs, ein Protokoll zu unterzeichnen, durch welches die erwähnten Friedenspräliminarien bindende Kraft erlangen. In dem unterzeichneten Actenstücke ist zugleich der zu bewerkstelligende Abschluß eines Waffenstillstandes grundsätzlich festgestellt und dabei bestimmt worden, daß die spätestens innerhalb drei Wochen von gestern zu Paris zusammentretenden außerordentlichen Bevollmächtigten der fünf Höfe, nach förmlicher Unterzeichnung der heute paraphirten Friedenspräliminarien, den definitiven Friedenstractat abzuschließen ermächtigt sein sollen. Der Deutschen Bundesversammlung werden die abgeschlossenen Friedenspräliminarien in der nächsten Donnerstagssitzung von dem k. k. Präsidialgesandten mitgetheilt werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hohe Versammlung sich im Namen des Deutschen Bundes mit warmem Interesse dem glücklich erzielten Resultate anschließen wird.“

Das Dresdner Journal enthält folgende telegraphische Nachricht: „Wien, 1. Febr., Nachmittags 2 Uhr 20 Minuten. Das Protokoll über allseitige Annahme der fünf Präliminarpunkte ist heute Mittag von den resp. Bevollmächtigten, inclusive des türkischen, in unveränderter Fassung des Petersburger Projectes unterzeichnet worden, wonach das Princip des Waffenstillstandes ausgesprochen und für die Eröffnung der Friedensunterhandlungen in Paris eine Frist von drei Wochen bestimmt ist.“

Wien, 1. Febr. Aus vollkommen verbürgter Quelle erfahre ich soeben, daß Graf Buol in Begleitung des Hofraths Baron v. Mesenbug und Hofraths Alpel in wenigen Tagen nach Paris abreisen wird, um dort an den die Conferenzen einleitenden Vorberathungen theilzunehmen.

### Schweden.

Genf, 31. Jan. Wie erfahren soeben, daß die berühmte Dichterin Helmine v. Chézy, welche sich seit einigen Jahren hier aufhielt, gestern verschied. Soviel wir erfahren, war ihre Krankheit eine Abzehrung, denn sie war die letzten Jahre so schwach, daß sie nicht mehr ohne Stütze ausgehen konnte und vor Altersschwäche fast erblindete. — Unsere Marilley-Geschichte ist noch nicht beendet, indem sich durch das Verharren Fays ein Bruch im Staatsrathe zeigt, da Letzterer im Einverständnis mit den übrigen Diöcesangemeinden handeln möchte, indessen Fay eigenmächtig und ohne jene zurathe zu ziehen die Rückberufung Marilley's vertheidigt. Dennoch ist zu hoffen, daß die Sache sich zur allgemeinen Zufriedenheit beilegen wird, wenigstens hat die allgemeine Aufregung nachgelassen.

### Italien.

Sardinien. Turin, 28. Jan. Gestern Abend fand ein Attentat gegen den Redacteur der Armonia statt; von einem schweren Knüttel getroffen, stürzte derselbe besinnungslos nieder. Glücklicherweise prallte der Stoß am Hut an. Der Mörder entfloh. (Wien. Z.)

### Spanien.

Die einst so mächtige Flotte Spaniens besteht jetzt in Spanien selbst, den Antillen und den Philippinischen Inseln aus 151 verschiedenen Fahrzeugen, wovon ein Linienschiff von 84 Kanonen, eine Fregatte von 42 K., eine Fregatte von 40 K., zwei Schraubenfregatten von 31 K., eine Corvette von 30 K., zwei dergleichen von 24 K., eine von 16 K. und eine Brigg von 20 K. die größten sind. Das eingeschiffte Personal besteht aus 338 Kriegsoffizieren, 143 Stabsoffizieren, 668 Marine- und Lehrschriftführern, 515 Maschinenisten, 2226 eingeschifften und 1454 in den Departements befindlichen Truppen, dann 9424 eingeschifften und 1006 in den Depots befindlichen Matrosen.

### Frankreich.

Paris, 2. Febr. Der Moniteur bringt an der Spitze seiner heutigen Nummer folgenden Artikel:

Rußland ist den fünf Vorschlägen beigetreten, die als Friedenspräliminarien dienen sollen, und die seiner Annahme durch Oesterreich unter Zustimmung Frankreichs und Englands vorgelegt worden sind. Dieser Beitritt ohne Vorbehalte ist in einer an

den Grafen Scherzhay, österreichischen Gesandten in Petersburg, gerichteten Note und in einer dem Grafen Buol durch den Fürsten Gortschakow, russischen Gesandten in Wien, mitgetheilten Devische formulirt worden. Demgemäß hat die russische Regierung die Unterzeichnung eines Protokolls zu Wien vorgeschlagen, um die Zustimmung der contrahirenden Höfe zu den Vorschlägen, die der Unterhandlung als Grundlagen zu dienen bestimmt sind, zu constatiren und um zu bestimmen, daß die Bevollmächtigten in drei Wochen (oder früher, wenn es thunlich ist) sich zu versammeln haben werden, um der Reihe nach zu schreiten: zur Unterzeichnung der Präliminarien, zur Abschließung eines Waffenstillstandes und zur Eröffnung der allgemeinen Unterhandlung. Da die britische Regierung bereits den Wunsch ausgedrückt hat, daß die Conferenzen zu Paris gehalten werden möchten, und da die österreichische Regierung ihrerseits dieser Vorschläge eifrig beigepflichtet hatte, so werden sich die zur Berathung über die Bedingungen des Friedens berufenen Bevollmächtigten in der Hauptstadt des Kaiserreichs versammeln. Das Protokoll, welches die Genehmigung aller Parteien constatirt, ist heute Mittag zu Wien unterzeichnet worden. Auch ist festgestellt worden, daß die Bevollmächtigten der Mächte, die an der Unterhandlung theilzunehmen haben, vor dem 20. Febr. zu Paris eingetroffen sein werden.

Paris, 2. Febr. Die englische Thronrede zeigt, wenn sich überhaupt ein Gedanke in ihr ausspricht, wie die Staatslenker dies- und jenseit des Kanals denken. Jenseits versteht es sich von selbst, dießseits aber, weil man weiß, daß die englische Thronrede, bevor sie gesprochen wurde, von dem Kaiser gelesen und gebilligt worden ist. Und was der Strenge und Zurückhaltung, mit denen sich die Königin über die Friedenshoffnungen ausspricht, ein noch größeres Gewicht verleiht, ist die zur Thatfache bekräftigte Nachricht, daß Frankreich seinem Bundesgenossen das Zugeständniß gemacht hat, mit seinem eigenen lebhaften Wunsche im Widerspruch, die Theilnahme Preußens an den Conferenzen abzulehnen. Dieser Schritt der kaiserlichen Regierung wird in der diplomatischen Welt als ein im hohen Grade wichtiger angesehen, weil er den Grad des Festhaltens Frankreichs an die englische Allianz bezeichnet und klar ausdrückt, daß Ludwig Napoleon vorkommendfalls den Frieden dieser wichtigen Bundesgenossenschaft zu opfern bereit wäre, und nicht nur umgekehrt, wie vielfach behauptet wird, denn darüber kann es kaum widersprechende Meinungen geben, daß durch den Beitritt Preußens zu den Conferenzen die Aussichten auf Frieden um ein Bedeutendes an Begründung gewonnen hätten; denn Preußens Anschluß hätte den Anschluß Deutschlands, des Deutschen Bundes, zu bedeuten, und Rußland würde durch die große Friedenscoalition jedes Abweichen, jedes Umbiegen, jedes Abfallen unmöglich gemacht. Nichts kann dem Ausspruch der gereiftesten Staatskünstler die Festigkeit der westlichen Allianz besser bezeichnen als die Zurückweisung Preußens von den Conferenzen durch Frankreich. Lord Clarendon soll in einer Note die Nothwendigkeit dieses Ausschlusses durch folgende Gründe nachgewiesen haben: „Preußens Sympathien für Rußland sind unverkennbar zutage getreten, nähme es nun an den bevorstehenden Berathungen theil, so könnte es bei einem vorkommenden Widerspruch zwischen den entgegenstehenden Theilen seine Entscheidung in die Waagschale Rußlands fallen lassen, dann nicht nur dieses im Widerstand ermutigen, sondern die moralische Verpflichtung übernehmen, im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten infolge des betreffenden unausgeglichenen Widerspruchs Rußland zu unterstützen. Kurz, es wäre möglich, daß die Theilnahme Preußens an den Conferenzen weit mehr Rußland als dem Frieden zufließen käme.“ Diese Gründe mußten der kaiserlichen Regierung der Berücksichtigung werth erscheinen; es wurde zu ihrer Prüfung ein abermaliger Ministerrath unter dem Vorsitz des Kaisers gehalten, in welchem beschlossen wurde, diesen Punkt anlangend dem englischen Cabinet nachzugeben. Wie ich jedoch aus guter Quelle vernehme, ist über diesen Gegenstand noch nicht das letzte Wort gesprochen, da Oesterreich seinen Einfluß anbietet, um die Theilnahme Preußens an den Conferenzen zu erwirken.

Der Constitutionnel veröffentlicht an der Spitze seines Blatts einen vom Redactionssecretär unterzeichneten Artikel, an dem das halbamtliche Gepräge nicht zu verkennen ist. Der Artikel tritt einer von gewisser Seite besprochenen beginnenden Uneinigkeit zwischen dem französischen und englischen Cabinet gegenüber.

Ein zweiter halbamtlicher Artikel des Constitutionnel zählt die Vortheile auf, die Frankreich aus einem weiter fortgesetzten Kriege ziehen wird. „Frankreich“, heißt es am Anfang, „hat die unvermeidlichen Opfer, die der Krieg mit Rußland kostete, nicht zu bedauern. Die Größe, die wir möglicherweise erlangen, und der kriegerische Ruhm, mit dem es seine Fahnen bedeckt, würden für die Kriegskosten hinlänglich entschädigen. Aber dies ist nicht Alles. Man muß auch die materiellen Vortheile berechnen, die uns die Zukunft, dank der Thätigkeit, die wir unsern commerciellen und maritimen Beziehungen im Orient gegeben haben, vorbehält. Man kann schon jetzt die glänzenden, unserm Lande eröffneten Aussichten erkennen.“ Frankreich habe seine Dampfflotte während des Kriegs bedeutend vermehrt. Die für den Krieg bestimmten Dampfer würden dem Frieden verbleiben, und zahlreiche Verbindungen seien seit den letzten zwei Jahren auf allen Punkten des Mitteländischen und des Schwarzen Meeres angeknüpft worden. „Diese Verbindungen“, fährt er dann fort, „werden die Ereignisse überleben, die sie ins Leben gerufen, und unsere Handelsschiffe werden die neuen Straßen nicht vergessen, die sie mit unsern Flotten durchfahren haben. Endlich haben sie — und dieses ist vielleicht das Wichtigste — nach diesen Ufern mehr Tausend Franzosen hingebacht, die, durch den Unternehmungsgestirnt angezogen, unsern Handel Wege anbahnen, unsere Sitten, Gesetze und unsere Sprache kennen lassen und nach und nach unsere Gewohnheiten verbreiten werden. Mehrere französische Colonien haben sich seit dem Krieg in den Haupthäfen des Schwarzen Meeres gebildet, und sie werden dort bleiben.“

## Großbritannien.

† London, 2. Febr. \*) Die feierliche Eröffnung des Parlaments fand vorgestern unter Beobachtung der herkömmlichen Ceremonien statt. Als die mit den Insignien des Königthums bekleidete Königin auf dem Throne Platz genommen hatte, hielt sie folgende Thronrede:

Mylords und meine Herren! Seit dem Schluß der letzten Parlamentssession haben die Waffen der verbündeten Mächte einen wichtigen und bedeutenden Erfolg errungen. Sewastopol, jenes große Bollwerk Rußlands am Strande des Schwarzen Meeres, ist der beharrlichen Ausdauer und dem unbegrenzten Muth der verbündeten Streitkräfte erlegen. Die Mächtigkeiten zu Wasser und zu Lande für dieses Jahr haben natürlich meine ernstliche Aufmerksamkeit in Anspruch genommen; allein, obgleich entschlossen, keine Anstrengung zu versäumen, welche geeignet ist, den Kriegsoperationen Nachdruck zu geben, habe ich es doch für meine Pflicht gehalten, Vorschläge nicht zu verworfen, von welchen man Ursache hat, anzunehmen, daß sie Aussicht auf einen sichern und ehrenvollen Frieden gewähren. Als daher vor einiger Zeit der Kaiser von Oesterreich mir und meinem erhabenen Bundesgenossen seine guten Dienste beim Kaiser von Rußland anbot in der Absicht, die freundschaftliche Schlichtung der zwischen den kriegführenden Mächten obwaltenden Streitpunkte herbeizuführen, erklärte ich mich in Uebereinstimmung mit meinen Bundesgenossen bereit, das uns gemachte Anerbieten anzunehmen, und ich habe die Genugthuung, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß man sich über gewisse Bedingungen geeinigt hat, welche wesentlich die Grundlage eines allgemeinen Friedensvertrags bilden werden. Die in Aussicht stehenden Unterhandlungen werden nächstens in Paris eröffnet werden. Bei Leitung dieser Unterhandlungen werde ich sorgfältig darüber wachen, daß man jene Zwecke nicht aus dem Gesicht verliert, um deren willen der Krieg unternommen worden ist, und ich werde es für angemessen erachten, in meinen Mächtigkeiten zu Wasser und zu Lande nicht eher irgendwelche nachzulassen, als bis ein befriedigender Vertrag abgeschlossen ist.

Obgleich der Krieg, in welchem ich begriffen bin, durch Ereignisse herbeigeführt wurde, die sich im Süden Europas zutragen, so habe ich meine Aufmerksamkeit doch auch der Lage der Dinge im Norden zugewendet und in Gemeinschaft mit dem Kaiser von Frankreich einen Vertrag mit dem König von Schweden und Norwegen abgeschlossen, welcher Defensivverpflichtungen in sich schließt, die auf die Staaten des letztgenannten Herrschers anwendbar sind und die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in einem Theile Europas bezweckt. Ich habe ferner einen Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag mit der Republik Chile abgeschlossen. Ich habe den Befehl ertheilt, daß diese Verträge Ihnen vorgelegt werden.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Die Budgets für dieses Jahr werden Ihnen vorgelegt werden. Sie werden finden, daß dieselben eine solche Räßung haben, daß den Anforderungen des Kriegs Rechnung getragen wird, wenn unglücklicherweise der Friede nicht zustande kommen sollte.

Mylords und meine Herren! Es gereicht mir zur Freude, Ihnen mittheilen zu können, daß trotz der Bedürfnisse des Kriegs und der Kosten und Opfer, welche er meinem Volk unvermeidlich auferlegt hat, die Hülfquellen meines Reichs nicht getrübt haben. Ich rechne mit Vertrauen auf den energischen Geist und die aufgeklärte Vaterlandsliebe meiner getreuen Unterthanen und hege die Ueberzeugung, daß Sie mir auch in Zukunft die Unterstützung angedeihen lassen werden, welche Sie mir in so edler Weise gewährt haben. Sie können sich darauf verlassen, daß ich keine Anstrengungen von Ihnen verlangen werde, die über das hinausgehen, was die gebührenden Rücksichten auf die großen Interessen und auf die Ehre und Würde des Reichs erheischen. Mehrere wichtige, auf Verbesserungen im Innern bezügliche Gegenstände empfehle ich Ihrer sorgsamten Prüfung. Der in mehreren Punkten zwischen der Handelsgesetzgebung in Schottland und den übrigen Theilen des Vereinigten Königreichs bestehende Unterschied hat einer großen Anzahl meiner dem Handelsstand angehörigen Unterthanen Ungelegenheiten verursacht. Es werden Ihnen Maßregeln vorgelegt werden, welche diesem Uebel abhelfen sollen. Außerdem werden Ihnen Maßregeln vorgelegt werden, welche den Zweck haben, die Gesetzgebung in Bezug auf Handelsverhältnisse dadurch zu verbessern, daß sie die Gesetze vereinfachen und auf diese Weise die Anlage von Capitallen in Handelsunternehmungen erleichtern.

Das System, kraft dessen die Schifffahrt der Entrichtung localer Zölle und Durchfabrighöhen unterworfen ist, hat zu vielfachen Klagen Anlaß gegeben. Es werden Ihnen Maßregeln vorgelegt werden, welche den Zweck haben, dem abzuhelfen. Andere wichtige Maßregeln behufs der Verbesserung der Gesetze in Großbritannien und Irland werden Ihnen unterbreitet werden, und ich zweifle nicht daran, daß Sie diesen Gegenständen, sowie allen andern, über die Sie zu berathen haben mögen, Ihre sorgfältige Aufmerksamkeit angedeihen lassen werden. Ich sehe mit Inbrunst, daß der Segen der göttlichen Fürsicht über Ihren Rathungen walten und dieselben zum Wohl und Glück meines Volks, dem höchsten Ziele meines unwandelbaren Strebens, ausschlagen lassen möge.

Nach Anhörung der Thronrede vertagte sich gestern das Oberhaus bis auf 5 Uhr Abends, wo es die erste ordentliche Sitzung der Session von 1856 mit den üblichen Erörterungen des Programms der Regierung begann. Der Earl of Gosford beantragte die Adresse als Antwort auf die königliche Rede oder vielmehr als Echo derselben, und der Earl of Abingdon secundirte; aus den begleitenden Bemerkungen der beiden regierungsfreundlichen Pairs ging deutlich hervor, daß die ersten Paragraphen der Thronrede nichts weniger als darauf angelegt waren, den Eindruck zu machen, als sei die Regierung von blinder Friedenszuversicht erfüllt. Darauf nahm das Haupt der Opposition, Lord Derby, das Wort. Mit der Versicherung beginnend, daß weder er noch ein anderes Mitglied seiner Partei so unpatriotisch denke, um die einträgliche und einflussreiche Annahme der Adresse stören zu wollen, muß er sich doch die Freiheit gönnen, die Thronrede als Das, was sie ist, als die Rede der Minister zu behandeln und zu kritisieren. Er verlange von einem solchen Schriftstück weder die Anmuth einer literarischen Arbeit noch die langathmige Gründlichkeit einer transatlantischen Präsidentenbotschaft; aber es sollte wenigstens den Reiz der Verständlichkeit besitzen. (Heiterkeit.) Er wisse nicht, wer die Paragraphen über den Krieg verfaßt habe; aber sie schmeckten nach Hafersgrübe (Gelächter) und schienen nach einem Anfälle jener Krankheit (Sicht) geschrieben, an welcher er selbst sowie der edle Secretär des Auswärtigen leide. (Gelächter.) Etwas Kraftloferes sei ihm nie vorgekommen. Garstig findet der edle Lord die Unterlassungssünden der Thronrede. Er hätte gedacht, daß die innern Angelegenheiten sowie die Existenz eines angloindischen Reichs und gewisser Colonien einer Erwähnung, daß die Thaten des britischen Heeres einer herzlichen Belobung werth gewesen wären. Statt dessen wird dem Parlament als Neuigkeit mitgetheilt, was seit drei Monaten weltkundige That-

\*) Unsern leipziger Lesern bereits gestern in einem Extrablatt mitgetheilt. D. Red.

sache, nein, leider nicht ganz Thatfache ist; denn Sewastopol sei nur zur Hälfte gefallen. Auffallend sei das geringschätzig Uebergehen Sardiniens und der Türkei. Habe er doch geglaubt, die Türkei sei eine der Hauptpersonen im Kriege. (Hört! und Lachen.) Kein Wort des Trostes und der Sympathie für die in der Gefangenschaft schmachtenden Helden von Karol. Vielleicht schämten sich die Minister, diesen weisagenden Namen auf die Lippen Ihrer Maj. zu legen. Er hoffe, Karol sei nicht etwa im Stiche gelassen worden aus Furcht vor einer französischen Insinuation, daß man ausschließlich englische Interessen verfolge; denn dies hieße die Aufrichtigkeit der Allianz verleunden. Ohne Zweifel werde der edle Staatssecretär des Auswärtigen bald alle Karol betreffenden Actenstücke vorlegen, damit man den Schuldigen kennen lerne; von Lord Stratford de Redcliffe's Leistungen habe er die höchste Meinung, und Selim-Pascha, der mit seinen 10-12,000 Mann wohlweislich in Erzerum stehen blieb, solle man ja nicht zum Sündenbock machen; doch werde man hoffentlich über die Verwendung der türkischen Anleihe Rechenschaft erhalten. Was die Unterhandlungen betrifft, deren Anknüpfung er durchaus nicht tadelt, obgleich sie auch ihm keine blinde Friedenshoffnung einflößen, so wünscht er nur, Oesterreich hätte die Erlaubniß Rußlands erlangt, seine guten Dienste für dasselbe bei den Westmächten anzuwenden, anstatt umgekehrt; denn es habe den Anschein, als ob England und nicht Rußland den Frieden ansuche. (Rin! nein! von den Ministerbänken.) Fern sei es von ihm, die Vorschläge selbst zu kritisieren; er habe die utopische Idee, den unterdrückten Nationalitäten aufzuhelfen (Gelächter), nie aufgemuntert, und er halte an der constitutionellen, obgleich eben jetzt nicht beliebten Doctrin fest, daß Krieg und Friede Sache der Krone und ihrer Diener sei (Beifall); wenn der Minister seine Aufgabe erfüllt habe, dann erst stehe es dem Parlament zu, sein Thun zu billigen oder zu verdammen. (Anhaltender Beifall.) Er hoffe, die Regierung werde keinen langen Waffenstillstand abschließen, vor allem keinen zur See; doch sähe er am liebsten gar keinen Waffenstillstand; denn der Vortheil desselben wäre klos auf Seiten Rußlands, wald es Nord-Sewastopol verproviantiren und nach Belieben seine Truppen hin- und hertransportiren könnte, während die Allirten in der Krim an den Boden gefesselt sind, auf dem sie stehen. Den Nutzen des schwedischen Vertrags begreife er nicht recht; derselbe müßte denn einen geheimen Artikel enthalten; denn er gleiche einem Uebereinkommen, des Nachbars Haus schüßen zu helfen, unter der Bedingung, daß der Nachbar verspricht, den Dieb nicht selbst durch die Hintertür einzulassen. (Hört! und Gelächter.) Gern hätte er etwas über die Vorgänge in Teheran und Washington vernommen; den Clayton-Bulwer-Vertrag könne er nicht umhin in demselben Sinne wie die britische Regierung auszuliegen, während er glaube, daß die Crampton'schen Werbungsversuche der amerikanischen Regierung gerechten Grund zur Beschwerde gegeben. Schließlich bespricht und tadelt der edle Lord die jüngst stattgefundene Verleihung einer Pairie auf Lebenszeit. Lord Clarendon erwidert, mit dem letzten Thema der Derby'schen Kritik beginnend, daß eine diplomatische Correspondenz über die Auslegung eines so klaren Vertrags, wie der Clayton-Bulwer'sche, zu nichts führen könne; er habe deshalb den Antrag gemacht, die ganze Frage der schiedsrichterlichen Entscheidung irgendeiner dritten Macht zu überlassen. Dieses Anerbieten sei noch nicht angenommen; er habe es wiederholt und hoffe, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bei genauerer Ueberlegung darauf eingehen werde. Was den zweiten Differenzpunkt mit Amerika betrifft, so war eine Besprechung desselben in der Thronrede weder gelegen noch einer friedlichen Lösung dienlich, noch überhaupt zulässig ohne gleichzeitige Vorlegung der betreffenden Correspondenz, welche letztere aber noch fortläuft; die neuesten nicht zur Veröffentlichung geeigneten Forderungen der amerikanischen Regierung z. B. kamen vor erst zwei Tagen in London an. Entstanden sei die Differenz folgendermaßen: Beim Beginn des Kriegs meldeten sich zahlreiche in den Vereinigten Staaten lebende Ausländer sowohl wie britische Unterthanen bei der britischen Regierung um die Erlaubniß, gegen Rußland zu dienen. Infolge davon ertheilte man dem Gouverneur von Neuschottland die Weisung, solche aus den Vereinigten Staaten kommende Freiwillige in Halifax aufzunehmen. Dieselben Weisungen wurden Hrn. Crampton bekannt gemacht, mit dem Beifügen, daß die britische Regierung, obgleich sie Rekruten wünscht, noch lebhafter den Wunsch hegt, die geringste Verletzung der amerikanischen Landesgesetze zu vermeiden. Bald darauf eröffnete ein Agent ein Werbebureau, und als darüber Beschwerde erhoben wurde, theilte Hr. Crampton seine Weisungen dem Staatssecretär Marcy mit, welcher sich damals befriedigt erklärte. Personen, welche nach Canada zu gehen wünschten, wurde das Reisegeld gezahlt, und Richter Kane that den Ausspruch, daß darin keine Verletzung des Völkerrechts liege. Jene Personen gingen übrigens als Freiwillige und waren bei der Ankunft in Canada nicht verpflichtet, in britische Dienste zu treten, und in der That zogen Viele von ihnen vor, in Canada zu arbeiten. Eine Correspondenz von nicht sehr freundschaftlichem Charakter folgte zwischen beiden Regierungen, allein dieselbe bezieht sich auf abgethane Geschichten, und von Anfang an beherrschte die britische Regierung, daß sie keine Absicht habe, das amerikanische Landesgesetz zu brechen. Mit dem Benehmen Hrn. Crampton's ist die englische Regierung vollkommen zufrieden, denn Lord Clarendon ist überzeugt, daß der englische Gesandte weder absichtlich, noch unabsichtlich, noch zufällig ein Gesetz der Vereinigten Staaten verletzt habe. Er hofft daher auf eine friedliche Lösung der Frage, glaubt aber nicht, daß dieses Resultat durch eine Anspielung in der Thronrede in irgendeiner Weise hätte gefördert werden können; und er würde es tief bedauern, wenn die transatlantischen Brüder denken könnten, daß das Schweigen der Thronrede etwa

Berach  
faum  
von A  
vorb  
nicht g  
Afen  
englich  
mahun  
gierun  
fönne  
geben  
mit Cr  
sagt,  
machte  
nicht  
dingun  
nächric  
grü so  
Beram  
und di  
hoch g  
Maj.  
annah  
ziehung  
sach g  
Ja sag  
reich,  
the.ite  
et sim  
großen  
glaube  
ralisch  
er die  
ehrenh  
gleich  
kein h  
nicht  
Gered  
mend,  
der se  
theite.  
Lob er  
seine  
fall.)  
welche  
vertag  
die v  
Oppos  
lassen  
kannt  
lunger  
selbst  
sei ein  
Bestie  
terhan  
um d  
Princ  
trübt.  
und  
demsel  
wenn  
Rede  
es der  
lasse  
Aberd  
unaus  
so mö  
vor k  
wird  
als o  
habe  
daß s  
mals  
lassen  
Regie  
werfu  
wisse  
die E  
Der  
der F  
zeitig  
Willi  
gewec

Betrachtung oder Misachtung ausdrücken sollte. (Hört, hört!) Er brauche kaum zu sagen, daß er den großen Verlust, den England durch den Fall von Kars erlitten, auf das tiefste beklagt. Alle betreffenden Papiere sollen vor dem Parlament kommen. Er wolle nicht sagen, daß die französische Presse nicht gelegentlich die Idee ausgesprochen haben mag, daß ein Feldzug in Asien so viel wie eine Verschwendung von französischem Gut und Blut zu englischen Zwecken wäre; aber ein unbedingtes Dementi müsse er der Muthmaßung geben; daß auch der französische Kaiser oder die französische Regierung eine solche Ansicht hege. (Hört, hört!) Ueber die Unterhandlungen könne er natürlich nur die allernothwendigste und unverfänglichste Auskunft geben. Es kam England und Frankreich nicht zu, der russischen Regierung mit Eröffnungen entgegenzukommen; und er begreife — beinahe hätte er gesagt, er achte — die Beweggründe, warum Rußland keine Eröffnungen machte; aber Oesterreich war in der Lage, seine guten Dienste anzubieten, nicht als Vermittler, sondern einfach um zu ermitteln, unter welchen Bedingungen Westeuropa Frieden schließen möchte, und Rußland davon zu benachrichtigen. Oesterreich selbst sah die Nothwendigkeit ein, die Bedingungen so klar als möglich zu fassen, und wollte sie ursprünglich auf eigene Verantwortlichkeit Rußland vorlegen. Das Schweigen über Sardinien und die Türkei dürfe man nicht falsch deuten. Sardinien's Tapferkeit werde hoch geschätzt, allein es schien eben nur nothwendig, zu erklären, daß Ihre Maj. in Verbindung mit ihren Allirten die guten Dienste Oesterreich's annahm. Oesterreich jedoch machte sich anheischig, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abzubrechen, wenn es die Bedingungen nicht einfach genehmigte. In der That, als Rußland das erste mal nicht einfach Ja sagen wollte, sondern wichtige Modificationen vorschlug, drohte Oesterreich, dem russischen Gesandten seine Pässe zuzuschicken. Fürst Gortschakow theilte dies seiner Regierung mit, und sogleich erfolgte die Annahme pure et simple. Er leugne nicht, daß der Ausgang der Unterhandlungen noch großem Zweifel unterliege. Man könne nur hoffen — er für sein Theil glaube, daß Rußland es aufrichtig meint, und daß der Zar großen moralischen Muth gegenüber der Kriegspartei in Rußland bewiesen hat. Wenn er diesen moralischen Muth nicht sinken läßt, sei die Aussicht auf einen ehrenhaften Frieden vorhanden, d. h. einen Frieden, der für beide Theile gleich ehrenvoll ist, denn ein Friede, der Rußland erniedrigen würde, wäre kein sicherer zu nennen. Das Gerücht auf dem Continent, daß England es nicht aufrichtig meine und etwas mehr Kriegsrühm suche, sei eben leeres Gerücht. Zum Schluß auf seine Sendung nach Paris zu sprechen kommend, die er gern einem größern Talent übertragen hätte, versichert er, daß der französische Kaiser vollkommen die Ansichten der britischen Regierung theile. (Hört, hört!) Nach einigen feurigen Lobsprüchen auf die über alles Lob erhabene Treue des Kaisers Napoleon wiederholt er, daß Frankreich seine Land- und Seerüstungen keinen Augenblick unterbrechen werde. (Beifall.) Nach einigen Aeußerungen Lord Granville's und Lord Campbell's, welcher Letztere die Gesellichkeit von Pairien auf Lebenszeit bezweifelt, verlag sich das Haus um 8 Uhr Abends.

Im Unterhause beantragt Hr. Bony in bekannter Form die Adresse, die von Hrn. Buxton unterstützt wird. Hr. D'Israeli, als Führer der Opposition, erklärt, sich in keine Kritik über die Friedensbedingungen einlassen zu wollen, da dieselben dem Hause nicht in authentischer Weise bekannt seien. Das Unterhaus, meint er übrigens, müsse diesen Unterhandlungen gegenüber besondere Rücksichten beobachten, die Unterhandlungen selbst mit Wachsamkeit, er wolle nicht sagen mit Mißtrauen, verfolgen. Es sei ein großer Vortheil für England, daß gerade jetzt das Parlament tage. Bestrebend sei es, daß, wie die Thronrede ankündigt, der Zweck der Unterhandlungen derselbe sei, um dessentwillen der Krieg begonnen wurde. Ihn um des englischen Waffenruhms willen allein fortzuführen, sei schon im Princip ein verwerflicher Gedanke. Englands Waffenruhm sei nicht getrübt. Vor Sewastopol und nicht minder in Kars sei glorreiche Tapferkeit und Ausdauer entwickelt worden, wenn auch in letzterem Falle nicht mit demselben glücklichen Erfolge. Er erinnere daran, daß die Regierung, wenn auch nicht jetzt schon, über den geheimnißvollen Fall von Kars weite Rede stehen müssen. Mittlerweile genüge es dem Hause zu zeigen, daß es der abwesenden tapfern Landkrieger gedenke. Was den Frieden betreffe, lasse sich unmöglich übersehen, daß die Aussichten äußerst günstig seien. Allerdings könnten Umstände eintreten, welche die Fortführung des Kriegs unausweichlich machen würden. Sollte dies unglücklicherweise der Fall sein, so möge sich das Ausland versichert halten, daß dieses Haus und das Volk vor keinem Opfer an Gut und Blut zurückschrecken werde. Die Adresse wird verlesen.

Lord Palmerston erhebt sich hierauf und widerspricht dem Gerücht, als ob das Parlament auf 14 Tage vertagt werden sollte. Die Regierung habe nie diese Absicht gehabt. England habe Grund stolz darauf zu sein, daß seine militärischen Hülfquellen zur See und zu Lande reicher als jemals sind, somit auf die besten Erfolge für einen nächsten Feldzug hoffen lassen. Nachdem aber der Feind Friedensvorschläge gemacht, halte sich die Regierung, vorausgesetzt, daß jene billig und ehrenvoll seien, zu ihrer Verwerfung nicht berechtigt. Sollten die Unterhandlungen fehlschlagen, dann wisse er wohl, daß ein hinlänglich mannhafter Geist im Volke herrsche, um die Regierung in Stand zu setzen, die ersten Siege weiterzuverfolgen. Der edle Lord stellt es in Abrede und hofft es beweisen zu können, daß der Fall von Kars in keiner Hinsicht der Regierung zur Last falle. Gleichzeitig aber hält er es für seine Pflicht, seine Bewunderung für General Williams und dessen Gefährten auszusprechen, die, wie er hoffe, bald ausgewechselt werden würden, gleichviel ob die Unterhandlungen fortbauern

oder nicht. Die Voranschläge für kommendes Jahr beabsichtige die Regierung nach dem Maßstabe eines Kriegsbudgets vorzulegen, dieselben jedoch nur für einen kurzen Jahresabschnitt votiren zu lassen. Was die Einwirkung des Parlaments auf die Conferenzen anbelangt, erklärt sich der edle Lord mit Hrn. D'Israeli ganz einverstanden. Weit entfernt, ungelegentlich oder schädlich zu sein, verleihe es einer pflichtbewußten Regierung Kraft und halte eine pflichtvergeßene in den gehörigen Schranken. Ein Stück sei es deshalb für das Land, daß das Parlament der Regierung während der Conferenzen zur Seite stehe, wenn es sich einer unberufenen Einmischung enthalte.

Hr. Roebuck kann nicht begreifen, wozu das Haus seine Sitzungen fortsetzen solle, wenn es die Regierung sozusagen stützen, über den Fortgang der Unterhandlungen aber keine Meinung aussprechen dürfe. Er sei seinerseits, und wie er denke auch das Land, habe kein Vertrauen zum edeln Lord an der Spitze der Regierung. Einmal schon sei England von einem Ministerium unvorbereitet in den Krieg verwickelt worden, so sei es denn die Pflicht des Hauses, darauf zu sehen, daß das Land nicht unwürdig aus diesem Kriege hervorgehe. England habe schmachvoll gestattet, daß Rußland Uebergriffe gegen seine Nachbarn begehe, bis zuletzt der Becher überflöß, bis Frankreich und England sich genöthigt sahen, einen Krieg zu beginnen, von dem man wol sagen konnte, daß er ursprünglich im Interesse der Menschheit begonnen wurde. Würde man aber jetzt Frieden nach den vorliegenden Bedingungen schließen, so werde Rußland in weniger als zehn Jahren Konstantinopel besitzen. Er mahne das Haus daran, daß die Interessen und die Ehre des Landes in seinen Händen liegen, daß es seine Schuldigkeit sei, jeden Schritt der Unterhandlungen zu beobachten. Sir de Lacy Evans ist der Ansicht, Frankreich habe die Besetzung Konstantinopels durch die Russen noch mehr zu fürchten als England. Das Ausland, so hoffe er, werde sich nicht zu dem falschen Glauben verleiten lassen, daß England aus Noth sich zum Frieden bequeme. Die Militärkräfte des Landes seien bis zur Stunde noch unvollkommen entwickelt, und er erwarte mit Zuversicht, daß die Minister bei der Anwerbung und Ausrüstung der Armee künftighin mehr Thätigkeit beweisen werden. Er stimme nicht damit überein, daß die angebotenen Bedingungen Elemente eines sichern Friedens in sich schließen; dagegen sei er überzeugt, daß England bei richtiger Verwendung seiner Kräfte den Kampf bis zur Erlangung besserer Bedingungen fortführen könne. Auch Lord J. Manners hält nur solche Bedingungen für annehmbar, welche der Türkei ihre asiatischen nicht minder als ihre europäischen Provinzen sicherstellen. Auf eine Interpellation von Sir Henry Willoughby bemerkt Lord Palmerston, es sei insofern für die Minister von Vortheil, daß das Parlament während der Conferenzen tage, als die Regierung ohne Verzug seinen Beistand in Anspruch nehmen könne. Doch liege es nicht in der Absicht der Minister, einen Theil der Verantwortlichkeit für diese Unterhandlungen dem Parlament aufzubürden. Nach einigen minder wichtigen Bemerkungen von Hrn. Hadfield und Hrn. Scully wird die Adresse genehmigt, und das Haus vertagt sich um 7 1/2 Uhr Abends.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragt Hr. Dancombe, ob die Regierung eine neue Fremdenbill einzubringen beabsichtige, ob es wahr sei, daß die österreichische Regierung den Obersten Tür in Freiheit gesetzt habe, und ob der Oberst das Recht habe, wieder in englische Dienste zu treten. Lord Palmerston: „Was die erste Frage angeht, so habe ich zu bemerken, daß die Regierung für jetzt nicht beabsichtigt, einen jenen Gegenstand betreffenden neuen Gesetzentwurf einzubringen. Mit Bezug auf die zweite Frage gereicht es mir zur Freude, melden zu können, daß infolge der Unterhandlungen zwischen der englischen und der österreichischen Regierung letztere sich bereit erklärt hat, den Obersten Tür der englischen Militärbehörde zu übergeben, und es ihm dann vollkommen freistehen wird, jeden Posten zu versehen, den man ihm etwa anweisen wird. Das Haus wird wol meine Ansicht theilen, daß es jetzt, nachdem die Angelegenheit durch die Freilassung des Obersten eine befriedigende Erledigung gefunden hat, überflüssig ist, die über diesen Gegenstand zwischen den beiden Regierungen gewechselte Correspondenz dem Hause vorzulegen. Die Frage war keineswegs so einfach, wie mein ehrenwerther Freund zu glauben scheint; verschiedene miteinander in Conflict gerathende Umstände machten sie vielmehr sehr verwickelt. Ich kann nur soviel sagen, daß, während die österreichische Regierung einerseits auf der Geltendmachung gewisser Rechte bestand, sie andererseits die größte Bereitwilligkeit zeigte, den Wünschen Ihrer Maj. entgegenzukommen, soweit dies mit den erwähnten Rechten verträglich war. Oberst Tür ward unter der Anklage, aus dem österreichischen Heere desertirt zu sein, vor ein Kriegsgericht gestellt und des ihm zur Last gelegten Vergehens überführt. Das Factum der Desertion war eine bekannte Sache, die er auch keinen Augenblick in Abrede stellte. Nachdem er gerichtlich überwiesen worden war, verfügte die österreichische Regierung aus Rücksicht auf die Wünsche der englischen die sofortige Freilassung des Obersten Tür.“ Hr. Roebuck: „War seine Freilassung nicht von beschimpfenden Umständen begleitet?“ Lord Palmerston: „Soviel ich weiß, wurde er ohne weiteres ganz einfach in Freiheit gesetzt.“ Hr. Whiteside zeigt an, daß er nächstens die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Ursachen des Falles von Kars lenken werde.

— Die Morning Post versichert, daß nächstens ein Waffenstillstand werde geschlossen werden, über dessen Dauer zwar noch nichts festgesetzt sei, der aber wahrscheinlich bis zum Verschwinden des Eises im Baltischen Meere dauern werde, zu welcher Zeit, wenn der Friede noch nicht geschlossen sei, die Blockade der nördlichen Häfen Rußlands fortgesetzt werden könne.

**Russland.**

Aus dem Lager vor Sewastopol reichen die englischen Berichte bis zum 19. Jan. Der Correspondent der Times weiß aber nichts weiter zu sagen, als daß die englische Armee fortwährend mit allem Nöthigen bis zum Ueberfluß, bis zum Luxus versehen sei, und daß die Zahl der Kranken kaum 5 Proc. ausmache. Bei den Franzosen soll es in Betreff der Verproviantirung und des Gesundheitszustandes bei weitem nicht so gut stehen. Nach dem Berichtsteller des Morning Herald war die Zerstörung der Docks beinahe vollendet; dagegen schreibt man dem Daily News, daß dies nicht vor Mitte Februar der Fall sein könnte. Es werden fortwährend Sprengungen vorgenommen. Zuletzt wurde das Eingangsthor zum östlichen Dock zerstört.

Berichten aus der Krim zufolge signalisirte man aus Kertsch bei Abgang der Post das Vorwärtsgen eines bedeutenden russischen Corps. Man erwartete mit Ungeduld weitere Nachrichten von diesem Plage, den man durch einen Angriff ernstlich bedroht fürchtet.

Bei Kin burn hat das Eis an Ausdehnung zugenommen und die Kreuzer in den Gewässern Odessa suchten die Häfen auf. — Aus Trebisfonde nichts von Wichtigkeit. Man sagte nur, Dmer-Pascha habe sich aus Rebut-Kale entfernt und müsse sich in Konstantinopel befinden. Nichts hat dieses Gerücht bestätigt. Die oemanische Armee hat ihre Winterquartiere in Gurjel genommen. Das Wetter in diesen Gegenden war furchtbar. Man erzählt, zwei türkische Compagnien seien von Lawinen ergriffen und in Abgründe gerissen worden.

Man schreibt der Oesterreichischen Correspondenz aus Odessa vom 21. Jan.: „Gestern langten aus Wien zwei Depeschen an, welche dort am 17. Jan. ausgegeben wurden und die Hoffnung auf Frieden verkündigen, der überall als ein tiefes Bedürfnis empfunden wird. Dies erregte hier die größte Befriedigung, man sah den Leuten auf der Straße an, daß sie von Freude erfüllt waren. Die Speculationen wurden aufgenommen und noch gestern wurden einige Geschäfte in Getreide gemacht. Der Weizen steht wegen Mangel an Zufuhr über 8 Silberrubel im Preise, und wenn demnächst die Schifffahrt beginnen sollte, so wird er noch bedeutend steigen. Am schlechtesten fahren hierbei einige Ausländer, welche infolge der von der russischen Regierung gemachten Zusicherung, die Getreidevorräthe der Unterthanen neutraler Staaten um den Kostenpreis zu übernehmen, ihr Eigenthum der Krone übergaben und bis jetzt noch keine Bezahlung erhalten haben, obwol von Petersburg amtliche Versicherungen herabgelangt sind, daß die Behörde von Odessa nicht nur den Auftrag, sondern auch das Geld zur Auszahlung schon erhalten habe. — Aus der Krim und aus dem Asowschen Meere nichts Neues. Die türkischen Gefangenen haben, da man sie in kalte Räume gesperrt hatte, die Jalousien und Fensterbalken des Hauses, in welchem sie consignirt waren, zertrümmert und sodann verbrannt, und als sie dann in ein anderes Gebäude gebracht werden sollten, in ihrer frühern Behausung Feuer angelegt, welches jedoch bald gedämpft wurde. Die französischen Gefangenen werden gut behandelt und gehen in Begleitung bewaffneter russischer Soldaten zu zwei, drei Mann in der Stadt herum, um ihre Einkäufe zu machen. Hierbei trifft es sich manchmal, daß Franzose und Russe in einen Weinkelner eintreten und dort so lange zechen, bis Beide ihre Rollen vergessen; ich selbst sah, daß der nüchtern geklebene Franzose das Gewehr des trunkenen Russen trug und ihn unter dem Arme haltend nach der Behausung heimführte.“

**Amerika.**

Der United States Courier enthält folgende Details über das Aussehen Newyorks einige Tage nach dem Sturme, der dort hauste (Nr. 25): „Die Circulation in den Straßen Newyorks ist so ziemlich wiederhergestellt; aber es fehlt noch viel, bis die Spuren des furchtbaren Seesturmes gänzlich verwischt sein werden. Selbst in den Hauptstraßen fahren die Schlitten zwischen zwei Schneehügeln, und in einer Menge von Straßen ist noch weder für Wagen noch für Fußgänger Bahn gemacht. Das Aergste dabei ist, daß ein plötzliches Aufstauen droht; denn seit einigen Stunden hat sich die Temperatur merkbar gemildert, und bereits fängt an den mehr betretenen Punkten der Schnee zu schmelzen an. Die Eisenbahnen konnten ihren regelmäßigen Dienst noch nicht wieder einführen. Seit gestern konnten die Züge auf einigen Bahnen mit einer Verpätung von 2—3 Stunden wieder circuliren.“

**Königreich Sachsen.**

Aus Dresden vom 2. Febr. wird der Independance belge telegraphirt: „Sachsen wird beim frankfurter Bundestage die unbedingte Annahme der österreichischen Vorschläge nicht unterstützen. Die zunehmende Wahrscheinlichkeit der Friedensausichten wird jedoch vermuthlich das Verhalten der neutralen Mächte modificiren.“

3 Freiberg, 3. Febr. Der erste Bericht, den ich Ihnen über unsern bergmännischen Segen in dem heurigen Jahre mitzutheilen im Stande bin, erregt, wenn er als ein Omen für das ganze Jahr betrachtet werden darf, sehr erfreuliche Hoffnungen. Die ersten vier Wochen des laufenden Quartals Reminiscere ergeben für die hiesigen Gruben folgendes Resultat: Sie lieferten an die königl. Hüttenwerke a) an Erzen 31,884,451 Centner mit einem Gehalt von 4321,22 Pfund Silber; 6895,88 Centner Blei und 25,216 Centner Kupfer; b) an Zuschlagserzen 9249,3 Centner mit 222,800 Pfund Silber, 9,68 Centner Blei und 16,84 Centner Kupfer. Die von den Hüttenwerken für a) geleistete Vergütung beträgt 109,071 Thlr. und die für b) 1810 Thlr. ist = 110,882 Thlr.

**B. Meissen; 1. Febr.** Seit dem 1. Mai vorigen Jahres hat sich hier zwischen der Stadt und 70 benachbarten Dörfern und Rittergütern behufs Unterdrückung der Bettelerei und Einführung einer geregelten Armenpflege ein Armenverein gebildet, welcher in klarer Auffassung der bedeutungsvollen Aufgabe deren Verfolgung mit anerkennenswerthem Eifer sich angelegen sein läßt, ohne daß bei der großen Ausdehnung die von den einzelnen Mitgliedern aufzubringenden Opfer besonders lästig fallen. Ausgehend von dem richtigen und wohl zu beherzigenden Grundsatz, daß den arbeitsfähigen Armen die zu gewährende Unterstützung nicht als Almosen, sondern als verdienter Lohn, und sei es selbst für eine ganz überflüssige Arbeit, gereicht werden darf, wenn damit das sittliche Gefühl gehoben und nicht im Gegentheil die Liebe zur Faulenzerei bestärkt werden soll, machte in dieser Zeit der Theuerung die Beschaffung von Arbeit während der Wintermonate dem Verein keine geringe Sorge, man kam aber dabei auf den glücklichen Gedanken der von der bisherigen Witterung auch begünstigten Ausführung von Meliorationsarbeiten, wozu jeder um Arbeit sich Meldende angenommen, und den betreffenden Gutsherrn zur Zahlung eines erhöhten Tagelohns ein Zuschuß aus der Vereinskasse gewährt wird. Bei Gelegenheit eines aus diesem Grunde auf den Feldern von Hrn. v. Hagen in Ober-Meißen schon seit 6—8 Wochen unternommene Ausfüllung einer Schlucht, wobei gegenwärtig unter der verdienstlichen Aufsicht des dortigen Gemeindevorstandes Liesche täglich 70 Personen Beschäftigung finden, sind in voriger Woche in einer Thonschicht 16 Stück alte Silbermünzen von der Größe eines Zwanzigers, alle von gleichem Gepräge, aufgefunden worden, welche dem Ende des 14. Jahrhunderts anzugehören scheinen, übrigens aber nach der Meinung des bekannten Alterthumskundigen Klemm in Dresden keineswegs eine große Seltenheit sind. Auf deren einer Seite befindet sich die böhmische Krone mit der Umschrift: Wenzeslaus II. Dei Gratia Rex Bohemiae, auf der andern der böhmische Löwe und die Worte: Grossus Pragensis. Man nimmt an, daß diese Münzen, welche vom Kreiskamte den Findern abgenommen, von den Hussiten hierhergebracht worden sind.

**Personalmeldungen.**

**Ordensverleihungen.** Preussen. Rother Adlerorden 2. Cl. mit dem Stern: der belgische Generalleutnant Henry-Duray. 2. Cl.: der französische Präfect des Noieldepartements, Graf Malher zu Reg; der belgische Stabsadjutant Generalmajor Renard und der medlenburg-strelitzische Oberstallmeister Graf v. Wolke. 3. Cl.: der medlenburg-strelitzische Hofmarschall v. Boddien. 4. Cl.: die belgischen Capitäns Burnell und Gwaller de Hontbeim; der medlenburg-strelitzische Kammerherr und Reiseallmeister v. Rauch; die medlenburg-strelitzischen Hauptleute v. Pressentin und v. Peutz und der belgische Unterleutnant Boquet.

**Handel und Industrie.**

Auf den Eisenbahnen der Vereinigten Staaten in Nordamerika ereigneten sich im vorigen Jahre 142 Unglücksfälle (das bloße Ueberfahren von Personen, die sich unbesuener Weise auf dem Geleise befanden, nicht mitgerechnet), bei welchen im Ganzen 116 Menschen getödtet und 539 verwundet wurden. — Danzigschiffahrt: fälle kamen 27 vor; es verloren dabei 176 Menschen das Leben und 107 wurden mehr oder minder schwer verletzt. Ein vom vorigen Congreß erlassenes Gesetz hat sich als sehr heilsam erwiesen; im Jahre 1854 kamen noch über 600 Menschen bei Danzigschiffahrt ums Leben. — Von größeren Feuerbränden, bei denen der Schaden über 20,000 Doll. betrug, kamen im vorigen Jahre 139 vor, durch welche ein Gesamtumschade von etwa 12 Millionen Dollars angerichtet wurde.

Carlsruhe, 1. Febr. Bei der heute hier stattgehabten 30. Ziehung der großherzoglich badischen 50-Jr. Loose sind nachfolgende Serien herausgezogen worden: Nr. 17. 24. 52. 127. 201. 212. 233. 290. 390. 416. 438. 483. 489. 493. 678. 737. 750. 857. 936. 956.

**Börsenberichte.**

Berlin, 2. Febr. Die Börse war sehr günstig gestimmt und namentlich österreichische Creditactien, sowie französisch-österreichische Stammactien höher bei lebhaftem Geschäft. Nur Darmstädter Bankactien sind im Preise zurückgegangen durch starke Verkäufe. Von Becheln waren Wien und Frankfurt niedriger, dagegen Augsburg und Leipzig höher.

Fonds und Geld. Freiw. Anl. 100 1/2 bez.; Präm.-Anl. 112 1/2 — 112 bez.; Staats-schuld.-Zch. 87 1/2 bez.; Seehandl.-Pr.-Sch. 148 Br.; Bankanth. 128 — 129 bez.; Rdr. —; Br. 110 bez.

Ausländische Fonds. Poln. Schatz-Dbl. 81 1/2 bez.; Poln. Pöbr. neue —; 500-Rl. Loose 85 1/2 G.; 300-Rl. Loose 92 Br.

Eisenbahnactien. Berlin-Anhalt 163 1/2 — 164 1/2 bez.; Pr.-Act. 95 bez.; Berlin-Hamburg 114 bez.; Pr.-Act. 102 1/2 G.; Berlin-Potsdam-Magdeburg 100 — 99 1/2 bez.; Pr.-Act. Lit. A. u. B. 93 bez.; 4 1/2 pc. C. 100 bez.; 4 1/2 pc. D. 99 1/2 bez.; Berlin-Stettin 171 — 173 — 171 1/2 bez.; Pr.-Act. 101 1/2 Br.; Köln-Minden 165 bez.; Pr.-Act. 100 1/2 G.; II. Em. 5pc. 103 1/2 bez.; 4pc. 91 bez.; III. Em. 91 bez.; IV. Em. 89 1/2 — 89 1/2 bez.; Düsseldorf-Glberfeld 130 — 131 bez.; Pr.-Act. 90 1/2 bez.; 5pc. 101 1/2 Br.; Magdeburg-Wittenberge 48 bez.; Pr.-Act. 97 1/2 Br.; Fr.-W.-Nordb. 59 1/2 — 60 1/2 — 60 bez.; Pr.-Act. —; Oberschl. Lit. A. 216 bez.; B. 183 bez.; Pr.-Act. 92 G.; Rheinische 112 1/2 bez.; Pr.-Act. 112 — 1/2 bez.; 4pc. 90 1/2 Br.; 3 1/2 pc. 84 G.; Halle-Thuring. 110 1/2 bez.; Pr.-Act. 99 1/2 G. Wechsel. Amsterd. 1. 143 1/2 bez.; 2 R. 142 1/2 bez.; Hamburg 1. 151 1/2 bez.; 2 R. 150 1/2 bez.; London 3 R. 6. 21 bez.; Paris 2 R. 79 1/2 bez.; Wien 2 R. 95 bez.; Augsburg 2 R. 102 1/2 G.; Leipzig 8 Tg. 99 1/2 bez.; 2 R. 99 1/2 bez.; Frankf. a. M. 2 R. 56. 20 bez.; Petersburg 105 bez.

Frankfurt a. M., 2. Febr. Nordb. 59 1/2 Br.; Ludwigshafen-Beichach 155 1/2 Br.; 154 1/2 G.; Frankfurt-Panau 78 Br.; Oesterr. Nationalbankact. 1190 — 1172. 1175 bez.; 1174 G.; 5pc. Ret. 80 1/2 Br.; 4 1/2 pc. Ret. 72 Br.; 71 1/2 G.; 1834er Loose —; 1839er Loose 129 G.; bad. 50-Jr. Loose —; kurhess. Loose 39 G.; 3pc. Spanier 37 1/2 Br.; 1 1/2 pc. 24 Br.; 23 1/2 G.; Wien 112 1/2, 1/4, 1/8 bez.; London 119 Br.; 118 1/2 G.; Amsterdam 100 1/2 G.

Paris, 2. Febr. Consols von Mittags 12 Uhr waren 90% gemeldet. Die Note des Moniteur wirkte sehr günstig auf die Stimmung der Börse. Die 3pc. Rente begann zu 73.40 und stieg auf 74.60. Zu diesem Kurse fanden vielfache Gewinnrealisirungen statt, welche, sowie 1/2 Proc. niedriger gemeldete Consols von Mittags 1 Uhr 90% ein Sinken der 3pc. Rente auf 72.95 verursachten. Dasselbe stieg aber wieder auf 73.35 und schloß sehr belebt zur Notiz. Alle Werthpapiere waren in ziemlich guter Haltung. Schlusscourse: 3pc. Rente 73.30; 4 1/2 pc. 66.60; 3pc. Spanier —; 1pc. 23 1/4; Silberanl. —; Oesterr. Staatsbahnact. 890; Credit mobilier 1570.

Wage ju...  
Wec...  
Amst...  
Augs...  
Berli...  
Pr. C...  
Brem...  
Lador...  
Bresl...  
Pr. Gr...  
Frank...  
Hamb...  
pr. 30...  
London...  
pr. 1 P...  
Paris pr...  
© Dr...  
der ebr...  
ten st...  
die Stim...  
höchst...  
als gel...  
Einwe...  
hör, zu...  
an der...  
vom h...  
sehr zah...  
im und...  
\* Karl...  
häuslich...  
Lause die...  
Anzeiger...  
erhielt...  
gewinn...  
3...  
außerdem...  
20...  
10...  
Zur fer...  
Re...  
[350]  
Bei G...  
Jede...  
Engl...  
Kön. F...  
Montag...  
Robert und...  
— Donner...  
tag, 8. Febr...  
Der Nord...  
Bertram...  
Dien...  
banche f...  
und P. S.

Paris, 3. Febr. Die Spc. Rente begann heute bei starken Umsätzen in der Pas- sage zu 73, stieg auf 73, 25 und schloß ziemlich fest zu 73, 15.

Leipziger Börse am 4. Febr. 1856.

Table with columns: Wechsel u. Sorten im 16-Thaler-Fusse, Wechsel u. Sorten im 16-Thaler-Fusse, Wechsel u. Sorten im 16-Thaler-Fusse. Includes entries for Amsterdam, Augsburg, Berlin, Bremen, London, Paris, Wien, etc.

Table with columns: Staatspapiere u. Actien im 16-Thaler-Fusse excl. Zinsen, Angebots, Gesucht, Staatspapiere u. Actien im 16-Thaler-Fusse excl. Zinsen, Angebots, Gesucht. Includes entries for Königl. Sächs. Staatspapiere, Act. d. Sächs.-Schles. E.-B.-G., etc.

Beuilleton.

Dresden, 3. Febr. Gestern Abend fand die zweite Vorlesung zum Besten der oberbergischen und vogtländischen Frauenvereine im Saale der Stadtverordneten statt.

zugeben, welche ausschließlich der Zeit seit dem Jahre 1850 gewidmet sein soll. An die Bitte, ein Exemplar ihrer Dichtungen an ihn durch die Buchhandlung von H. Litz in Dresden vorzulegen zu lassen.

\* Karl Weller in Dresden hat in Nr. 14 der Gupkow'schen Unterhaltungen am höchsten Verd eine Bekanntmachung ergehen lassen, wonach es seine Absicht ist, im Laufe dieses Jahres eine ausgewählte Sammlung vom Felde deutscher Lyrik heraus-

\* Am 20. Jan. fand in Dresden die zweite Generalversammlung der Actiönäre zur Erbauung eines zweiten Theaters statt, und es erklärte sich die Versammlung in dieser Sitzung für constituirte und wählte einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Ausschuss zur Führung der weiteren Geschäfte und Entwerfung der Statuten.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Duerstraße Nr. 8) und Dresden (bei L. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2.)

Serie 25 meiner Compagnie-Spiele erhielt in der heute gezogenen 3. Classe 49. Lotterie den zweiten Hauptgewinn von 3000 Thaler auf Nr. 37947, außerdem 200 Thaler auf Nr. 5081 in Serie 11, 100 Thaler auf Nr. 31209 in Serie 27. Zur ferneren Theilnahme an meinem Compagnie-Spiele ladet ergebenst ein Leipzig, 4. Februar 1856. Carl Zieger, Neumarkt Nr. 6.

In der G. G. Calve'schen Buchhandlung in Prag ist soeben vollständig erschienen: Die Gährungschemie wissenschaftlich begründet und in ihrer Anwendung auf die Bierbrauerei, Brauntweindrennerei, Gefenerzeugung, Weinbereitung und Essigfabrikation praktisch dargestellt von Karl F. R. Walling. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage mit vielen Tabellen und Kupfertafeln. 4 Bde. Gr. 8. Geh. Preis 13 fl. 12 Kr. CV. 9 Thlr. 24 Ngr.

Bei G. W. Brockhaus in Leipzig erschien und kann als eine treffliche Kinderschrift zu Geschenken empfohlen werden: Jeder ist sich selbst der Nächste. Erzählung für die Jugend. Nach dem Englischen. 8. Geh. 15 Ngr.

Kön. Hoftheater zu Dresden. Anstellungs-Gesuch. Ein junger Mann von geübtem Alter, der jetzt seit mehreren Jahren in einer der ersten Modewaren-Gattungen in Bremen sowohl im Detailverkauf, als auch am Comptoir thätig war, sucht ein Engagement, vorzugsweise in einem Fabrik- oder Engros-Geschäft.

Theater der Stadt Leipzig. Dienstag, 5. Febr. Die Erzählungen der Königin von Navarra, oder: Ravanche für Pavia. Lustspiel in 5 Acten von Scribe und Legouvé. Deutsch von Dr. Gebeling und P. S. Reinhard. (99. Abonnements-Vorstellung.)

# Deutsches Museum.

Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben.  
Herausgegeben von Robert Drug.

Jahrgang 1856. Monat Januar.

**Nr. 1.** Ueber den Kalender. Von Karl Snel. I. — Preußen und Rußland im Jahre 1812. Von Robert Drug. — Gedichte. Von Heinrich Pröhle. I. Grana. I und II. 2. Der Braut. — Literatur und Kunst. Ueber Stahr's „Torso“, 2. Tbl. — Historische Werke (Beyle, „Geschichte der deutschen Freiheitskriege“, 3. Bd.; Arnö, „Geschichte der letzten vierzig Jahre“, 2. Pbd.; Dunder, „Geschichte des Alterthums“, 2. Bd.; Giesebrecht, „Geschichte der deutschen Kaiserzeit“, 1. Bd., 2. Abth.; Wachsmuth, „Geschichte der politischen Parteien“, 3. Bd., 1. Abth.) — Correspondenz. (Aus Berlin. — Aus Wien. — Aus Paris.) — Notizen. — Anzeigen.

**Nr. 2.** Das Pfälzische Familienemblem. Ein Beitrag zur deutschen Culturgeschichte. Von August Genneberger. — Ueber den Kalender. Von Karl Snel. II. — Literatur und Kunst. „Deutscher Musealmanach. Herausgegeben von G. Schab.“ Sechster Jahrgang. — Touristenliteratur. („Nach Konstantinopel und Brussa. Ferienreise eines preussischen Juristen“; Wachenbuser, „Byzantinische Nächte“; Saphir, „Pariser Briefe“; Schmidt, „Paris in Skizzen aus dem Volksleben“.) — Oestreichische Taschenbücher („Libussa“, 15. Jahrg.; „Thalia“, 43. Jahrg.) — Correspondenz. (Aus Hannover. — Aus Stuttgart. — Aus Chemnitz.) — Notizen. — Anzeigen.

**Nr. 3.** Berichte des Reichens. Von Julius Große. I—12. — Die neue französische Kaisergarde und die Juaven. Von Ernst Naumann. — Deutsche Hausmusik. — Literatur und Kunst. Populäre Medicin. (Rupdorf, „Die Frage der Lebensverlängerung“; Besser, „Die Benutzung der ersten Lebensstage des Säuglings“; „Die Aerzte in der Concurrenz und was da Noth thut“; Braun, „Herr Hofrath Dr. Spengler zu Gms und die deutsche Gesellschaft für Hydrologie.“) — Leoprechting, „Aus dem Lehrstuh.“ — Neue Dorsgeschichten. — Correspondenz. (Aus Berlin.) — Notizen. — Anzeigen.

**Nr. 4.** Ueber Julius Schaller's „Leib und Seele“. Von Jürgen Meyer. — Historische Volkstheater aus dem nördlichen Böhmen. Von J. Virgil Grohmann. — Literatur und Kunst. Uebersetzungsliteratur. (Pfau, „Hundert Fabeln nach La Fontaine“; Reibhardt, „William Lullien Bryant's Gedichte“; „Lolli“ und „Lolli's Abend von J. Arnö. Aus dem Ungarischen im Vermaß des Originals übersezt von Kolbenheyer“; Frölich, „Horaz' Satiren und Briefe.“) — Zur deutschen Mythologie. (Wenzel, „Edin“ und „Simrod“, „Handbuch der deutschen Mythologie“; Holzmann, „Kelten und Germanen.“) — Correspondenz. (Aus Weimar. — Aus Berlin.) — Notizen. — Anzeigen.

**Nr. 5.** Die bildende Kunst und die Confessionen. Von Melchior Meyer. — Paris. Ein Nach- und Wiberuf aus der Vendée. Von Ernst Naumann. — Gedichte: I. Drei Gedichte. Von Julius Sturm. 1. Süden und Norden. 2. Junnerfrühling. 3. Die junge Mutter. — II. Du bist mein Leptes. Von Friedrich Stauffing. — Literatur und Kunst. Neue Romane. (Koenig, „König Jerôme's Carneval“, 3. Tbl.; Koberling, „Narren des Glücks“; Hammer, „Umlkehr und Umkehr.“) — Diplomatische Literatur. (Ghislany, „Diplomatistisches Handbuch“, 2. Tbl., 2. Hef.) — Zur Schaffpeareliteratur. (Wihelm von Raubach's Schaffpeare-Galerie erläutert von M. Carriere. 1. Heft: Allgemeine Einleitung, Nachsch.) — Correspondenz. (Aus Turin. — Aus München. — Aus Wien.) — Notizen. — Anzeigen.

Das Deutsche Museum erscheint in wöchentlichen Nummern von 2—3 Bogen zu dem Preise von 12 Thlrn. jährlich, 6 Thlrn. halbjährlich, 3 Thlrn. vierteljährlich. Alle Buchhandlungen und Postämter des In- und Auslands nehmen Bestellungen an. Inserate werden mit 2 1/2 Ngr. für den Raum einer Zeile berechnet.

Leipzig, im Februar 1856.

f. A. Brockhaus.

## Die Samenhandlung von Heinrich Mette in Quedlinburg unweit Magdeburg

offerirt alle Sorten Gemüse-, Oekonomie-, Gras-, Holz- und Blumen-Samereien etc., eigener Cultur, wovon das reichhaltige Verzeichniß in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung auf Verlangen gratis verabreicht wird — und bittet unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung um Aufträge.

Insbesondere empfiehlt sie den Herren Landwirthen, Zucker-, Spiritus- und Cichorien-Fabrikanten: Samen der reinsten Zucker-Rübe, der anerkannt vorzüglichsten zur Zucker- und

Spiritus-Fabrikation	à Pfund 8 Sgr.	à 100 Pfund 25 Thlr.
„ „ grossen langen rothen Futter-Runkelrübe oder Turnips	„ 4 „	„ 100 „ 12 „
„ „ grossen langen gelben dergleichen	„ 4 „	„ 100 „ 12 „
„ „ grossen dicken runden rothen dergleichen oder Klumpen	„ 4 „	„ 100 „ 12 „
„ „ gelben dergleichen	„ 4 „	„ 100 „ 12 „
„ „ sehr grossen weissen grünköpfigen Riesen-Möhren	„ 12 „	„ 100 „ 30 „
„ „ extra grossen dicken gelben Saalfelder Möhre	„ 12 „	„ 100 „ 30 „
„ „ grossen rothen Feld- oder Futtermöhre	„ 12 „	„ 100 „ 30 „
„ „ grossen Engl. Riesen-Steckrübe oder Wrucke	„ 16 „	„ 100 „ 50 „
„ „ reinsten Cichorienwurzel	„ 8 „	„ 100 „ 25 „
„ „ von 12 der vorzüglichsten Sorten grossen Englischen Futter-Rüben, nach der Erbsen- oder Roggen-Ernte in die Stoppel zu säen	à Pfund 12—14 Sgr.	à 100 Pfund 40 Thlr.
„ „ grossen platten weissen Kappas oder Kopfkohl etc. etc.	à Pfund 1 Thlr. 20 Sgr.	à 100 Pfund 150 Thlr.

in grossen Quantitäten billiger.

Grosse und kleine Aufträge werden prompt und mit gleicher Pünktlichkeit und Sorgfalt erledigt. Quedlinburg, im Februar 1856.

[344]

Heinrich Mette.

## Bell & Co., Commissions-Geschäft, Nr. 1, Market Street, Caledonian Road, London,

empfangt fortwährend Sendungen oder Consignationen von Waaren, die sich für den Londoner, Schottischen und Irischen Markt eignen, zum Verkauf in Commission oder sofortiger Disposition. Zahlung wird sogleich nach Verkauf durch ihren Bankier angewiesen, oder, wenn gewünscht, Vorschüsse nach Empfang der Güter oder der Connossements gemacht. Die Waaren müssen vor der Absendung avisirt werden. Provision (Alles eingeschlossen) 10% auf Verkaufes. — Waareneinkäufe und allgemeine Commissionen werden mit 5% Provision ausgeführt. Anweisungen für den Betrag sind an die London and Westminster Bank, London, zu stellen; unfrankirte Briefe werden zurückgewiesen. [351]

**Ein Oeconomie-Verwalter,** welcher die besten Zeugnisse aufweisen kann, sucht ein Unterkommen. Näheres Schloßgasse Nr. 9 im Gewölbe in Dresden. [346—47]

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Brockhaus. — Druck und Verlag von f. A. Brockhaus in Leipzig.

Das Bureau Central pour l'Allemagne, Cite Bergere 5 zu Paris, sucht Commis für verschiedene Artikel, denen eine umfangreiche Public ist gewisser wird, insbesondere Pharmaceuten, Trugulsten, Instrumenten-Handler, Galanteriewaarenhändler u. s. w. Solide Referenzen mittheilen!

Wichtig für alle ökonomischen und statistischen Vereine, Sparcassen, Eisenbahndirectionen, statistischen Bureauz, Handelsministerien und deren Beamten, Zeitungsexpeditoren, Kammermitglieder, Banken, größeren Kaufleute, Capitalisten etc.

## Die Banken

von Otto Hübner.

Das Werk zerfällt in zwei Theile: a) Die Geschichte und Statistik der bestehenden Banken; b) die Geschichte und Theorie des Bankwesens. Preis 3 Thlr.

[238—40] Heinrich Hübner in Leipzig.

## Leipziger Tageskalender.

Abfahrt und Ankunft der Dampswagen in Leipzig.

- Nach Berlin etc. u. von dort, A. über Cöthen: Abf. 1) Wrgs. 5 U.; 2) Rdm. 3 1/2 U.; 3) Abds. 6 U. (m. Nachtlager in Wittenberg). — Anf. a) Rdm. 12 1/2 U. (vom Nachtlager in Wittenberg); b) Rdm. 2 U. 20 M.; c) Rdm. 12 U. (Magdeb. Bahnh. B. über Köberau: Abf. 1) Wrgs. 5 U.; 2) Wrgs. 6 U. (Güter u. P.-Zug); 3) Rdm. 2 1/2 U. — Anf. a) Rdm. 1 1/2 U.; b) Abds. 8 U. (Güter u. P.-Zug); c) Abds. 9 1/2 U. (Dresdn. Bahnh.)
- Nach Dresden, incl. nach Chemnitz, etc. u. von dort; Abf. 1) Wrgs. 6 U. (m. Nachtlager in Prag); 2) Wrgs. 8 1/2 U. Courierzug (m. Nachtlager in Görlitz); 3) Rdm. 2 1/2 U.; 4) Abds. 5 1/2 U.; 5) Rdm. 10 1/2 U. Schnellz. — Anf. a) Wrgs. 6 1/2 U.; b) Brnt. 10 U.; c) Rdm. 1 1/2 U.; d) Abds. 5 1/2 U.; e) Abds. 9 1/2 U. (Dresdn. Bahnh.)
- Nach Frankfurt a. M. u. von dort, A. über Halle: Abf. 1) Wrgs. 7 U.; 2) Mitts. 12 U. (m. 11 St. Ueber-nachten in Guntershausen); 3) Rdm. 10 U., Schnellz. — Anf. a) Wrgs. 7 1/2 U.; b) Rdm. 2 U., 20 M.; c) Abds. 5 1/2 U.; d) Abds. 9 1/2 U. (Magdeb. Bahnh.) B. über Hof: Abf. 1) Wrgs. 6 U.; 2) Wrgs. 7 1/2 U., Güterzug; 3) Rdm. 3 1/2 U. (m. 6 1/2 St. Ueber-nachten in Hof u. 12 St. Barmen in Bamberg). — Anf. a) Abds. 8 U. 5 M.; b) Rdm. 11 1/2 U. (Baier. Bahnh.)
- Nach Hof etc. u. von dort, Abf. 1) Wrgs. 6 U.; 2) Wrgs. 7 1/2 U., Güterzug; 3) Mitt. 12 U.; 4) Rdm. 3 1/2 U.; 5) Abds. 6 1/2 U. — Anf. a) Brnt. 8 U.; b) Rdm. 1 U.; c) Rdm. 4 U. 40 M., aus Jena u. Weimar; d) Abds. 8 U. 5 M.; e) Rdm. 11 1/2 U. (Baier. Bahnh.)
- Nach Magdeburg etc. u. von dort: Abf. 1) Wrgs. 7 U. Schnellz.; 2) Wrgs. 7 1/2 U.; 3) Mitts. 12 U. (m. Nachtlager in Uelzen, Hannover u. Wittenberg); 4) Abds. 6 U.; 5) Abds. 6 1/2 U. (m. Nachtlager in Cöthen); 6) Rdm. 10 U. — Anf. a) Wrgs. 7 U. 30 M. (aus Cöthen); b) Wrgs. 8 U. 35 M.; c) Rdm. 12 1/2 U.; d) Rdm. 2 U. 20 M.; e) Abds. 9 1/2 U. (Magdeb. Bahnh.)

Bibliothek: Universitäts-Bibliothek, 2—4 Uhr. Städtisches Kunstmuseum (1. Bürgerstraße 10—11 U.) Telegraphen-Bureau, Postgebäude 3 Tr., geöffnet Tag und Nacht. Bibliothek der Nacht-Wingang Treidner Str. Lit. Museum (Zeitungshalle Reading-Rooms, Cabinet de lecture), Centralhalle, im Salon des Pabesalles. Del Becchio's Kunstausstellung (Kaisersalze), 9—4 U. Schwimmbassin, Dampf- und Schiennadel-Bäder von früh 6 bis Abends 9 Uhr in der Centralhalle. Dampf- und alle andere Bäder von früh bis Abends in Kretsch's (früher Krüger's) Badeanstalt, Rosenthalgasse 1.

## Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Theodor Arnold in Ganderun mit Frau Marie verm. Keller, geb. Nicolai.  
Getraut: Hr. Hütteninspector Gustav Braetsch in Karlsruhe mit Frä. Agnes Schneider.  
Geboren: Hr. Gustav Arnold in Leipzig ein Sohn. — Hr. Do.-Rechn.-Secr. R. F. Kormann in Leipzig eine Tochter. — Hr. Adv. Kraft in Freiberg ein Sohn. — Hr. Reichsadv. Busch in Ronneburg eine Tochter. — Hr. Bürgermeister Schildert in Großenhain eine Tochter. — Hr. Oberleutenant und Divisions-Adjutant Krolf v. Tschirschy in Dresden eine Tochter. — Hr. Gasthofsbesitzer W. Wärgau in Wermsdorf eine Tochter.  
Gestorben: Hr. Lehrer Julius Burbaum in Dresden. — Hr. Adv. Gottlob Friedrich Claus in Wittenfeld. — Hr. Gutbesitzer Friedrich Ernst Klunker in Göttern. — Frau Auguste Ernestine Andsel, geb. Sturberlich, in Leipzig. — Hr. Lezeilerer Joh. Mart. Kauh in Leipzig. — Frau Johanna Christiane Schlaßly, geb. Vogel, in Leipzig. — Frau Juliane Henriette verm. v. Seydewitz in Dresden.